

Doppelhaushalt 2022/2023

Fraktionsgemeinschaft PULS



Christoph Ozasek
Die LINKE

Ina Schumann
Die PARTEI

Thorsten Puttenat
Die Stadtisten

Verena Hübsch
Junge Liste

Deborah Köngeter
Die Stadtisten



Klima & Umwelt

Um Stuttgart auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten, haben wir die Erstellung eines Hitze-Aktionsplans beantragt. Wir setzen uns für eine Gesamtkonzeption für eine nachhaltige Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung ein und fordern eine Anhebung des Rad-Etats sowie eine Stärkung des Fußverkehrs-Konzepts.

Antragsnummern
klicken um Anträge im
Original zu erhalten.



Nachhaltige Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung

Ein nachhaltiger und wertschätzender Umgang mit Lebensmitteln trägt nicht nur dazu bei, unnötigen (Lebensmittel-)Müll zu vermeiden, sondern es hilft auch dem Klima, der Umwelt und der eigenen Gesundheit. Die in Stuttgart anfallenden rund 75.000 Tonnen von genießbaren, aber in die Tonne wandern- den Lebensmitteln, könnten jährlich vermieden werden. Durch klimafreundliche Ernährung und einen nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln können Haushalte und Kommunen nicht nur CO₂, sondern auch Geld einsparen.

Ein großer Teil der Stuttgarter Stadtgesellschaft wünscht sich eine gezieltere Auseinandersetzung mit diesem Thema sowie die städtische Unterstützung und Bereitschaft hierfür. Wir möchten, dass die Stadt Stuttgart eine inhaltliche Gesamtkonzeption für eine nachhaltige Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung und mehr Lebensmittelwertschätzung in Stuttgart erstellt. Hierfür beantragen wir, dass eine Stelle für jemanden geschaffen wird, der oder die als offizielle*r Vertreter*in und Ansprechperson die Belange der Thematik Lebensmittelwertschätzung, Lebensmittelverschwendung und Ernährung in der Stadt Stuttgart vertritt.



Verena Hübsch

**„Wir setzen uns für mehr
Lebensmittelwertschätzung
in Stuttgart ein.“**

Klimaanpassung: Hitzeaktionsplan für Stuttgart



Christoph Ozasek

„Hitzewellen sind ein großes Klimarisiko. Schattenspendende Bäume spannen ein schützendes Blätterdach auf, offene Bachläufe, Brunnenanlagen und Sonnensegel kühlen den öffentlichen Raum und erhalten die Stadt lebenswert.“

Laut einer vom Deutschen Wetterdienst (DWD) veröffentlichten Studie zum Klimawandel, wird es im ungünstigsten Fall im Stuttgarter Talkessel bis 2050 circa doppelt so viele Hitzetage geben - Tage, an denen die gefühlte Temperatur für mindestens 3 Stunden über 32 Grad Celsius liegt. Hitzebedingte Krankheits- und Todesfälle werden zunehmen, wenn wir nicht gegensteuern. Dazu gibt es einige Instrumente, die die Stadt einsetzen kann: Verschattung öffentlicher Aufenthaltsorte wie Bus- und Bahnhaltestellen, öffentliche kostenlose Trinkstellen, Wasserflächen im Stadtgebiet, Begrünung, Sonnenschutz an Fassaden und besser reflektierende Färbung großer Oberflächen wie Asphalt oder Bauwerke.

Wir beantragen die Erstellung eines Hitzeaktionsplans, damit wir Mittel des Klimaschutzfonds sinnvoll einsetzen können.

Vorsorgende Klimaleitplanung



Deborah Köngeter

„Eine vorsorgende Klimaleitplanung hilft dabei, sich auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten“

Die Widerstandsfähigkeit der Städte gegenüber der Klimakrise hängt wesentlich davon ab, ob die bebaute und unbebaute Umwelt strategisch im Sinne einer Klimaanpassungsstrategie weiterentwickelt wird. Die Abwehr von Gefahren durch naturbedingte (Überflutungen, Hitze) oder technische Ursachen (z.B. Störfallbetriebe) ist ein wichtiges Prinzip der Raumordnung und der Stadtentwicklung. Für Ballungsräume mit einer hohen Bevölkerungsdichte, einer hohen Konzentration von Produktionsanlagen und technischer Infrastruktur und dem daraus resultierenden Schadenspotenzial gilt dies ganz besonders. Stuttgart steht aufgrund seiner Topografie, des Reliefs der bebauten Stadt, der starken Überformung des Neckars und vieler Bachläufe im Stadtgebiet sowie des hohen Grads an Oberflächenversiegelung vor besonders große Herausforderungen.

Deshalb wollen wir die Verwaltung damit beauftragen, die Fortschreibung des Flächennutzungsplans der Stadt im Sinne einer vorsorgenden Klimaleitplanung am Beispiel der Stadt Esslingen vorzubereiten.

Stadtacker Wagenhalle

Als gemeinnütziger Verein Stadtacker Wagenhallen e.V. kultivieren die dortigen Gärtner*innen bereits seit 2012 eine 4000 qm große Fläche im Stuttgarter Nordbahnhofviertel in der Nähe der Wagenhallen und des Kunstverein Wagenhalle e.V.. Doch allein durch ehrenamtliches Engagement sind die vielen innovativen Projekte und anfallende Aufgaben auf dem Stadtacker kaum zu bewältigen, besonders im Hinblick auf den bevorstehenden Umzug und die damit verbundenen Herausforderungen. Hierzu gehört unter anderem die rechtzeitige Planung und Ausarbeitung eines Konzepts für den neuen Ort bei gleichzeitiger Ausschöpfung des Potentials am jetzigen Standort – bis zum eigentlichen Tag des vollendeten Umzugs.



Thorsten Puttenat

„Der Stadtacker ist ein besonderer Ort, der durch seinen Umzug vor einer großen Herausforderung steht.“

Zudem ist der Stadtacker ein informeller Lernort der Selbstorganisation, des „learning by doing“, des „do it yourself“ sowohl in ökologischer als auch in sozialer und politischer Hinsicht, denn hier wird demokratisches und ökologisches Denken und Handeln von und mit Mitgliedern und Interessierten geübt.

Auch die Preise und Auszeichnungen (UN-Dekade Biologische Vielfalt 2018, 1. Preis Amt für Umweltschutz für „Action Gardening“ 2012, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg - Beispielhaftes Projekt 2013 „Mittendrin ist Leben. Grün in Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg“ 2013) des Stadtackers sprechen für die Förderung.

Umweltgerechtigkeitskartierung

Die Gesundheit und das Wohlbefinden von Bürger*innen hängt stark von Umweltfaktoren wie Lärm, Luftschadstoffen oder dem Zugang zu Parks und Grünflächen ab. Soziale Unterschiede zeigen sich in der Gesundheit: Man muss sich ein gesundes Umfeld leisten können. Für eine Stadt ist es wichtig, die Lebensqualität in jenen Quartieren zu fördern, die besonders belastet sind. Darum ist es wichtig zu wissen, wo besonderer Bedarf besteht. Ein gutes Instrument dafür ist eine Umweltgerechtigkeitskartierung, die quartiergenau die Lebensverhältnisse ermittelt und der Stadt damit hilft, kommunale Ressourcen für die Stadtentwicklung zielgerichtet einzusetzen. Wir beantragen die Erstellung einer solchen Kartierung aus den Mitteln des Klimaschutzfonds.



Christoph Ozasek

„Die Umweltgerechtigkeitskartierung hilft der Stadt, Ihre Ressourcen zielgenau und gerecht einzusetzen.“

Nachhaltige Beschaffung

Bio, Fairtrade, Kreislaufwirtschaft - die Liste nachhaltiger Beschaffungskriterien ist lang. Die Landeshauptstadt Stuttgart hat 2020 eine Stelle für Nachhaltige Beschaffung geschaffen und besetzt. Seither konnte an vielen Stellen auf nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen umgestiegen werden. Wir beantragen, dass eine weitere Stelle geschaffen wird, um die dabei gewonnenen Erkenntnisse besser verwaltungsintern und mit anderen Kommunen kommunizieren zu können.

Abteilung Energiewirtschaft stärken

Die Abteilung Energiewirtschaft der Verwaltung steht vor den großen Herausforderungen der Energiewende, weshalb wir sie personell besser ausstatten wollen.

Stellenantrag Untere Naturschutzbehörde

In den vergangenen 10 Jahren wurden zu den Vorgaben des strengen europäischen Arten- und Habitatschutzes zunehmend erhöhte Anforderungen gestellt. Durch die erlassenen neuen gesetzlichen Regelungen werden in verschiedenen artenschutzrechtlichen Bereichen zusätzliche Aufgaben und Beteiligungen der unteren Naturschutzbehörde erforderlich. Dazu muss die Untere Naturschutzbehörde personell besser aufgestellt sein.

Chloroplast e.V.

Die Vereinsarbeit von Chloroplast sehen wir als konkreten Beitrag zur Umweltbildung, Klimaschutz, sozialen Integration und Nachhaltigkeit. Zudem wurde das Engagement des Vereins zu einem wichtigen Teil der Entwicklung des Gemeinwesens im Stadtteil. Darum wollen wir Chloroplast jährlich mit 22.000€ aus dem Klimaschutzfonds unterstützen.

Nesenbach im Stadtraum sicht- und erlebbar machen

Im Rahmen des Zielbeschlusses „Lebenswerte Stadt für alle“ soll der Nesenbach im Stadtraum wieder sichtbar fließen. Dazu soll die Verwaltung Vorschläge erarbeiten und die Mittel erhöhen.

Umsetzungsstrategie ökologische Landwirtschaft

Wir setzen uns dafür ein, dass auf landwirtschaftlichen Flächen Stuttgarter Gemarkung ökologisch gewirtschaftet wird, um dem Schwund der Biodiversität zu begegnen. Dazu beantragen wir, dass die Verwaltung eine Konzeption zur Stärkung der ökologischen Landwirtschaft erarbeitet.

Förderung Energieberatungszentrum Stuttgart

Um das Ziel der Klimaneutralität im Wärmesektor wirksam erreichen zu können, bedarf es einer deutlich höheren institutionellen Förderung. Diese wollen wir anheben.

Haushaltsbudget für Lärmaktionsplan

Lärmschutz ist wichtig für die Lebensqualität und Gesundheit der Stadtbewohner*innen. Wir fordern deshalb, dass der Lärmaktionsplan der Stadt mit Haushaltsmitteln unterlegt wird.

Umsetzung klimaneutraler kommunale Gebäude bis 2035

Damit bis 2035 der Bestand kommunaler Gebäude klimaneutral sein kann, müssen in den für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen verantwortlichen Fachämtern Stellen geschaffen werden.

Willkommensbäume für Neugeborene

In vielen Teilen der Welt ist das Pflanzen eines Baumes zur Geburt ein Ritual, das ohne eigenen Garten heute vielfach nicht mehr begangen werden kann. Da Bäume der Stadt sehr gut tun, wollen wir Möglichkeiten schaffen, für jede*n neue*n Stuttgarter*in einen Baum zu pflanzen.



Kinder, Jugend & Bildung

Um unserem Ruf als kinderfreundliche Kommune gerecht zu werden, setzen wir uns für den Ausbau von verkehrsberuhigten Bereichen als öffentliche Plätze zum Spielen, den Masterplan für urbane Bewegungsräume sowie weitere Spielflächen im sogenannten City-Bereich ein.

Für junge Menschen unterstützen wir unter anderem das interdisziplinäre Sport-Projekt "Nachtschwärmer" und die vorbildliche Demokratieförderung von Team Tomorrow.

Tomorrow Campus

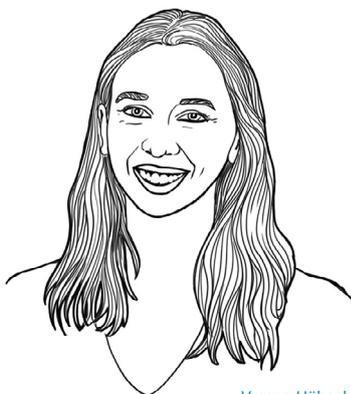
Was 2016 als Initiative Unsere Zukunft mit Speakers' Corner im öffentlichen Raum begann, wurde vom gemeinnützigen Verein Team Tomorrow e.V. (gegründet 2019) mit der Finanzierung des Projekts „Tomorrow Campus Stuttgart“ über den Doppelhaushalt 2020/2021 zu einem stadtweit bekannten und erfolgreichen Projekt im Bereich Demokratiebildung und Jugendbeteiligung ausgebaut.

Mit inzwischen über 20 aktiven Ehrenamtlichen im Alter zwischen 15-25 Jahren konnte der Verein in den letzten beiden Jahren gerade bei den Wahlen (OB-Wahl in Stuttgart 2020, Landtagswahl Baden-Württemberg 2021 und Bundestagswahl 2021) kreative und innovative Formate für junge Menschen umsetzen. Dazu zählten Veranstaltungen mit den Kandidierenden, Erklärvideos, Video-Interviews mit den Kandidierenden und sonstiger Social-Media-Content auf Instagram, Facebook und YouTube.

Zudem wurden einige Kooperationen mit Stuttgarter Schulen geschlossen und dort Formate umgesetzt (U18-Wahlen und Projekttag zum Thema Demokratie). Auch mit der Mobilen Jugendarbeit Stuttgart, Stuttgarter Jugendhaus Gesellschaft, Stadtjugendring, Young Caritas, Partnerschaft für Demokratie und anderen konnte das Team Tomorrow außerdem sein Netzwerk stark erweitern und sich als wichtiger Partner in der Stadt etablieren. Der Jugendrat ist ein weiterer Partner des Team Tomorrow, mit dem bereits in der Vergangenheit gemeinsam Projekte umgesetzt werden konnten. Weitere sind in Planung (Begleitung der Jugendratswahl im Januar 2022).

Über die Finanzierung der Stadt konnte außerdem eine Stelle für ein FSJ-Kultur geschaffen werden und über das Jugendamt Stuttgart ist das Team Tomorrow als Einsatzstelle für jugendliche Straftäter*innen zum Ableisten von Sozialstunden gelistet.

Da wir die Arbeit von Team Tomorrow sehr schätzen, setzen wir uns dafür ein, dass die Finanzierung fortgeführt wird.



Verena Hübsch

**„Team Tomorrow schafft es,
junge Menschen für
Demokratie zu begeistern.“**

Materialschmiede frühkindliche Bildung

Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung (VBuE, Anti-Bias-Ansatz) ist der Schlüssel zu Akzeptanz und einer diskriminierungsarmen Gesellschaft. Diesem Konsens zum Trotz sind Lehr- und Bildungsmaterialien, die Vielfalt von Familie und Beziehung, Geschlecht und Geschlechterrollen, sexueller Orientierung, ethnischer Herkunft, Behinderung u.a.m. altersgerecht aufgreifen und vermitteln, noch immer Mangelware. Lehrkräfte und Erzieher*innen, die durch Bildungs- und Orientierungsplan aufgefordert sind, diese sensiblen Themen in der Schule und in den Kitas zu vermitteln, haben oft keine adäquaten und ausreichenden Materialien zur Verfügung. Daher wird dies häufig nur von wenigen engagierten Erzieher*innen aus eigenem Antrieb und mit hohem persönlichen Einsatz - teilweise gegen Widerstände von Kolleg*innen, Vorgesetzten und Eltern - abgedeckt. Gleichzeitig ist auch die Situation von Kindern mit geschlechterrollenuntypischem (gender non-conforming kids) Verhalten oder auch von Regenbogenfamilien in Kitas häufig schwierig und muss verbessert werden.

Die Entwicklung und Erstellung von Bildungsmaterial in Form von Lernplakaten, Spielen, Methoden, Handreichungen und Liedern zum Einsatz in der Kita, sowie die stadtweite Versorgung von Kitas und weiterer geeigneter Bildungseinrichtungen mit den entwickelten Materialien ist daher das Ziel dieses Pilotprojektes. Zudem soll es die Förderung der Vernetzung zwischen Kitas, Kita-Träger*innen, Stadt, queerer Community und weiteren NGOs zum Erfahrungsaustausch, Besprechung von Best-Practice-Beispielen sowie die Rückkopplung und Diskussion der erarbeiteten und vorgestellten Materialien bewirken.

Wir beantragen die Finanzierung der Durchführung eines Pilotprojektes zur Erstellung von Material zur frühkindlichen Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt, Unterschiedlichkeit und Gemeinsamkeit.



„Wir wollen Erzieher*innen in ihrer alltäglichen Arbeit unterstützen und durch geeignete Werkzeuge zu einer vielfältigen, inklusiven und offenen Bildungsarbeit anregen und befähigen.“

Umsetzung des Projektes „Nachtschwärmer“ des Sportkreis Stuttgart e.V.

Resultierend aus der „Krawallnacht“ im Juni 2020 wurden bereits unterschiedlichste Schritte und Aktionen zur Unterbindung und Prävention von Gewalt unterschiedlichster Formen in Gang gesetzt. Bei den bisher umgesetzten Lösungen handelt es sich um verstärkte Polizeiaufgebote und die Aufstockung der mobilen Jugendarbeit in der Stadtmitte. Ergänzend hierzu müssen nun zusätzliche Angebote geschaffen werden, die einerseits dem Bedürfnis nach Action, Spannung und dem Ausleben der eigenen Körperlichkeit gerecht werden, andererseits aber auch der Vermittlung von Werten wie Respekt, Toleranz und Akzeptanz dienen.



Verena Hübsch

**„Sport und Bewegung sind
nicht nur gesund,
sie dienen auch
der Gewaltprävention“**

Sport- sowie bewegungsorientierte Ansätze sind im Rahmen pädagogischer Maßnahmen der Gewaltprävention nicht mehr wegzudenken. Gerade diese körper-, sport- und bewegungsbezogenen Ansätze sind oftmals das letzte Mittel, vor allem problembehaftete männliche Jugendliche zu erreichen und sie für weitere Angebote und Maßnahmen der offenen Jugendarbeit zu gewinnen. Oftmals fehlt es in den Abendstunden oder an Wochenenden an guten und vor allem kostengünstigen Freizeitalternativen – durch das Projekt Nachtschwärmer werden den Jugendlichen attraktive Alternativen zum Rumhängen auf der Straße, in Clubs oder Kneipen geboten.

Darum beantragen wir die Förderung des Projektes „Nachtschwärmer – interdisziplinäre Sportjugend(sozial)arbeit“ des Sportkreis Stuttgart e.V..

Stärkung der jugendpolitischen Zusammenarbeit mit den Stuttgarter Partnerstädten

Grenzüberschreitende Dialoge zu Jugendthemen stärken die Kompetenzentwicklung Jugendlicher für eine aktive europäische Bürgerschaft. Der Stadtjugendring braucht mehr Mittel für die Unterstützung der Jugendverbände bei internationalen Begegnungen mit den Partnerstädten Stuttgarts.

Tageweise Abrechnung der Kita-Gebühren

Wir beantragen, dass weiterhin an der tageweisen Abrechnung des festgesetzten monatlichen Betreuungsentgelts für Kitas festgehalten wird.

Hallo Demokratie! Demokratiebildung für junge Stuttgarter*innen

Stuttgart als soziale Stadt hat den Anspruch, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabechancen am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Bei dem Projekt „Hallo Demokratie“ wird Kindern gezeigt, welches Spektrum an Meinungs- und Lebensvielfalt in ihren Themenbereichen in Deutschland existiert. Es werden Mittel benötigt, um das Projekt fortzusetzen

Kinderspielflächen in der City

In der Innenstadt gibt es zu wenig öffentliche Spielplätze. Wir beantragen den Bau der vier Spielplätze, die in einer ämterübergreifenden Abstimmung identifiziert werden konnten.

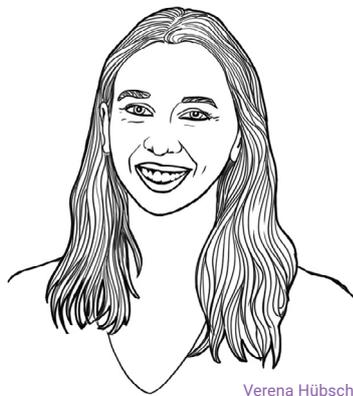


Personal

Viele gute Ideen und notwendige Projekte können nur gelingen, wenn die Verwaltung ausreichend Personal hat. Wir beantragen die Aufstockung an jenen Stellen, wo es gerade klemmt.

Personalstelle Urbane Bewegungsräume

Das Amt für Sport und Bewegung leistet mit der Entwicklung und Umsetzung urbaner Bewegungsräume einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Bewegungsförderung im öffentlichen Raum, der Gesundheitsförderung und zum Ausgleich sozialer Ungleichheit. Für die Planung, Entwicklung und Umsetzung von Projekten aus dem Masterplan urbane Bewegungsräume stehen dem Amt für Sport und Bewegung bislang keine personellen Ressourcen zur Verfügung.



Verena Hübsch

Die Umsetzung urbaner Bewegungsräume erfolgt ämterübergreifend und in enger Abstimmung sowie unter Einbeziehung der jeweiligen Nutzergruppen. Neben sportfachlicher Konzeptarbeit, die z. B. die Analyse von Potentialflächen, sowie die Auswahl geeigneter Module enthält (20 %) fallen Aufgaben für die Koordination und Umsetzung wie z. B. die Beteiligung der unterschiedlichen Stakeholder, Abstimmung mit den beteiligten Fachstellen (50%) sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit wie z. B. die Bekanntmachung und die Aktivierung des neu gestalteten Raums (30%) an.

Um den Zielsetzungen aus dem Masterplan urbane Bewegungsräume gerecht zu werden und in allen 23 Stuttgarter Stadtbezirken den großen Bedarf nach urbanen Bewegungsräumen umsetzen zu können, muss das Amt für Sport und Bewegung mit entsprechenden personellen Kapazitäten (eine Personalstelle 100%) ausgestattet werden.

„Nicht jede*r kann sich die Mitgliedschaft im Fitnessstudio leisten. Bewegungsräume im öffentlichen Raum bieten eine gute Alternative.“

Personalstelle für das Kinderbüro

Das Kinderbüro leistet einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Heranwachsenden. Die Jugendbefragung hat gezeigt, welche Wünsche und Bedürfnisse junge Stuttgarter*innen haben und wie wichtig es ist, nun auch diese jungen Menschen mehr in den Blick zu nehmen. Um der erweiterten Zielgruppe bis 18 Jahren gerecht zu werden - und für die ämterübergreifende Koordination und Umsetzung der Einzelmaßnahmen - muss das Kinderbüro mit entsprechenden personellen Kapazitäten (einer Personalstelle zu 50%) ausgestattet werden.

„Es ist wichtig zu wissen, welche Bedürfnisse und Wünsche junge Stuttgarter*innen haben.“

Personalstelle für das Bezirksamt Vaihingen

Der Stadtbezirk Vaihingen verändert sich aufgrund gemeinderätlicher Beschlüsse stark. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, muss die Allgemeine Verwaltung des Bezirksamts Vaihingen mit entsprechenden personellen Kapazitäten (eine Personalstelle 80%) ausgestattet werden.

Verwaltungstelle Gebäude-/Mitarbeiter*innensicherheit - Amt für öffentliche Ordnung

Aufgrund der gestiegenen Zahl an Mitarbeiter*innen des Amtes, ständig neuen Raumplanungen für Interimszustände sowie neue Liegenschaften und ständig wachsende und sich ändernde Sicherheitsanforderungen, benötigt das Amt für öffentliche Ordnung eine zusätzliche Stelle für Gebäude- und Mitarbeiter*innensicherheit.

Gaststättenbehörde: Stelle für gestiegenen Beratungsbedarf

Im Interesse des fairen Wettbewerbs wird innerhalb der Branche eine Untätigkeit der Gaststättenbehörde bei Beschwerden als besonders inakzeptabel empfunden. Die beantragte Stelle wurde bereits im letzten Doppelhaushalt eingebracht und muss nun umgesetzt werden, da sie aktuell nur im Rahmen einer Interimslösung besetzt werden konnte.

Integrierte Verkehrsleitzentrale (IVLZ): Stellenantrag für eine Projektingenieur*in

Bisher ist die Stelle als Projektingenieur*in für Digitalisierung und Fördervorhaben über verschiedene Förderprogramme auf 4 Jahre befristet und bis Ende 2022 finanziert. Hier wird dringend eine dauerhafte Stelle, mindestens aber eine Verlängerung um 2 Jahre benötigt, da die laufenden Projekte bis zu diesem Zeitpunkt (Ende 2022) nicht abgeschlossen sein werden.

Stellenantrag für Stadtplanung und Wohnen

Um der hohen Nachfrage nach Bauflächen Rechnung zu tragen und der Innenentwicklung weiterhin Vorrang zu gewähren, müssen zukünftig verstärkt schwer entwickelbare Potenzialflächen in den Fokus genommen werden. Dazu benötigt das Amt für Stadtplanung und Wohnen eine weitere*n Stadtplaner*in.

LHS-Betriebssportkonzeption

Wir beantragen die Entwicklung eines Betriebssportkonzepts für städtische Mitarbeiter*innen.

Gaststättenbehörde: Stellentrug für Außenkontrollen

Es gibt bisher eine Stelle für Außendienstkontrollen, die pro Jahr ca. 180 Kontrollen durchführen kann – im Verhältnis zu 2800 Gaststätten mit rund 600 Außenbewirtschaftungen und rund 1200 Bürgerbeschwerden im Jahr, eine verschwindend geringe Zahl. Hier wird dringend Verstärkung benötigt.

Lebensmittelüberwachung: Stellenantrag für eine*n Lebensmittelkontrolleur*in

Die bereits vorhandenen Stellen bei der Lebensmittelüberwachung können den dauerhaften Zuwachs an Verbraucher*innenschutzbeschwerden nicht mehr bewältigen. Darum beantragen wir eine weitere Stelle.

Entfristung von 20,5 Vollzeitkräften im Stellenplanantrag des Gesundheitsamtes / Stellenzuwachs des Gesundheitsamtes - Erhöhung des Sachmittelbudgets

Wir beantragen die dauerhafte Schaffung unbefristeter Stellen im Umfang der befristet geschaffenen Ermächtigungen in Höhe von 20,5 Vollzeitkräften zur dauerhaften personellen Stärkung des Gesundheitsamtes und eine Erhöhung des Sachmittelbudgets des Gesundheitsamtes um zusätzlich 153.000.- € für den Doppelhaushalt 2022/2023.



Kultur

Im Kulturbereich liegt unser Fokus jenseits der Hochkultur, wo wir die breitgefächerten Haushaltsempfehlungen des Kulturrates unterstützen. Insbesondere liegt uns die Entwicklung des geplanten Kunst- und Kulturviertels "Maker City" im Rosensteinquartier am Herzen. Unser Ziel ist es, dass sämtliche Institutionen rund um die Wagenhalle ihren Platz in der Maker City finden und/oder behalten, da sie wichtige Pionierarbeit zur Entwicklung des neuen Stadtteils leisten. Dazu beantragen wir zum Beispiel eine Interimslösung für den Bauzug 3YG - besser bekannt als die Waggons - und Contain't. Wir wünschen uns die Etablierung eines Begleitgremiums aus allen beteiligten Akteur*innen für die Entwicklung des Viertels.

Begleitgremium Maker City

Die Maker City wird das erste Stadtviertel des neuen Rosensteinquartiers. Mit Fokus auf die Kunst- und Kulturproduktion inklusive Wohnraum und Gewerbe, wird rund um die Wagenhalle ein Viertel entstehen, das neue und experimentelle Formen der Stadtplanung zulässt. Bereits jetzt kommt es dort zu Akteursprozessen, um die ersten Schritte des Quartiers zu gehen. Stadt, Kunstverein Wagenhalle und die Architekt*innen von asp hielten erste Workshops ab um auszuloten, was dort in Zukunft sein kann und könnte.

Wir sind davon überzeugt, dass ein dauerhaftes Begleitgremium z.B. bestehend aus den Kulturschaffenden vor Ort, Nachbarschaft, Stadt und asp-Architekt*innen notwendig ist, um den Prozess der Gestaltung des Viertels zu steuern und eine übergreifende Ordnung und die Schaffung von Statuten und Kriterien einzurichten, die zur Idee der Maker City passen. Dieses Begleitgremium könnte perspektivisch in einem Quartiersmanagement münden, das auch hinsichtlich zukünftiger Vergaben der Flächen im Sinne der Konzeptvergabe fungiert.

Darum beantragen wir, dass die Verwaltung darstellt, wie sich die Einrichtung eines Begleitgremiums umsetzen ließe und weche Kosten dafür anfallen würden.



Thorsten Puttenat

„Die Maker City braucht ein gutes Quartiersmanagement, um ihr Potenzial zu entfalten.“

Bauzug 3YG und Contain't e.V

Sowohl die Waggons (Bauzug 3YG), als auch Contain't e.V. sind seit vielen Jahren wichtige Bausteine des Stuttgarter Kultur- und Veranstaltungslebens. Von Bedeutung ist ebenfalls, dass diese Institutionen vom Akteursprozess der Maker City (initiiert von Stadt, Kunstverein Wagenhalle und dem Architekturbüro asp) zu erklärten, dauerhaften Bestandteilen des zukünftige Kunst- und Kulturviertels im C1-Areal werden sollen. Insofern ist es wichtig, beiden Einrichtungen Interimssituationen für den Übergang zu ermöglichen.

„Die Waggons und Contain't brauchen Interimsflächen, bis sie ihre Heimat in der Maker City finden.“

Kulturamt: Sammelanträge

Wir halten die Unterstützung sämtlicher Kunst- und Kulturschaffenden, die vom Kulturamt vorgeschlagen wurden, für angebracht und angemessen und folgen damit den in unseren Augen wohlüberlegten Empfehlungen der Kulturverwaltung. Hier finden sich zahlreiche Vereine, Organisationen und Institutionen, die das vielfältige kulturelle Leben Stuttgarts bereichern und dementsprechend unterstützt gehören

Kunst im öffentlichen Raum

Die Kunst im öffentlichen Raum hat in Stuttgart eine reiche Tradition, die leider seit längerem nicht mehr fortgesetzt wird. Wir wollen, dass die Verwaltung ein Konzept dazu entwickelt, für dessen Umsetzung jährlich 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden sollen.

Leitungswechsel Theater Rampe

Im Theater Rampe steht ein Leitungswechsel an, der von den Kulturschaffenden des Theaters auf experimentelle, transparente, innovative und partizipative Weise angegangen wird. Wir erachten diese Vorgehensweise als förderungswert und wollen dies mit einmalig 50.000€ unterstützen.

Planungsstab Villa Berg

Wir beantragen jeweils 120.000 € in 2022 sowie 2023 für Entwicklungskonzepte, Veranstaltungen und Bürger*innenbeteiligungsformate für die Villa Berg.

Ausdrucksreich

Wir beantragen die Erhöhung der institutionellen Förderung von Ausdrucksreich e.V. von 5.000 € auf 18.000 € pro Jahr, da sie auf vielfältige Weise zum kulturellen Leben der Stadt beigetragen haben und wir sie konsolidieren und ihnen neue Perspektiven eröffnen wollen.

Stellenantrag Villa Berg

Wir beantragen je eine 75%-Stelle für Bürger*innenbeteiligung und für eine Stelle, die die spezifischen Nutzer*inneninteressen der künftigen Kulturinstitution in die architektonische Planung einbringt.

Stellenantrag „Koordinierungsstelle Erinnerungskultur“ und Koordinierungsstelle Erinnerungskulturen im Kulturamt

Die „Koordinierungsstelle Erinnerungskulturen im Kulturamt“ wurde im Juni diesen Jahres auf Beschluss des Gemeinderats gegründet, um das Stadtgedächtnis Stuttgarts in seiner Vielfalt zu erschließen, zu vernetzen und zu beleben. Zur Erreichung der gesteckten Ziele benötigt es in unseren Augen zwei volle Stellen der „Koordinierungsstelle Erinnerungskultur“ und eine Ausstattung mit jeweils 150.000 € für 2022 und 2023 für partizipative Mitarbeit der „Koordinierungsstelle Erinnerungskulturen im Kulturamt“.



Soziales, Inklusion & Integration

Im sozialen Bereich setzen wir uns für viele Anträge ein, die von der Fachverwaltung vorgeschlagen wurden. Beispielhaft möchten wir hier die Weiterentwicklung der Begegnungsstätten für ältere Menschen, die Anträge zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften, den Ausbau und die Verbesserung der Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt sowie die verschiedenen Projekte der Suchthilfe nennen.

Implementierung von Prävention Häusliche Gewalt im Gender-Team in Stuttgart

Seit Inkrafttreten des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt - der sogenannten Istanbul-Konvention am 1. Februar 2018 - hat das Thema Prävention von häuslicher Gewalt eine gesetzliche Grundlage erhalten und ist für alle Vertragsstaaten verpflichtend. Die Coronapandemie hat das Ausmaß an Partnerschaftsgewalt nun auch deutlich sichtbarer gemacht und in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Diese Gewalt ist keineswegs ein neues oder durch Corona provoziertes Phänomen. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass der veränderte Alltag mit Homeoffice, Homeschooling, Kontakt- und Ausgangssperren das Gewaltpotenzial und die Gewaltbereitschaft erhöht haben.

Um das Präventionsangebot im Bereich Häuslicher Gewalt in Stuttgart nicht nur vereinzelt anbieten zu können, sondern auf eine solide Basis zu stellen und in der Fläche zu verbreiten, bedarf es einer Stellenerweiterung von je 60% Stellenprozenten für die Fraueninterventionsstelle von Frauen helfen Frauen e. V. und die Fachberatungsstelle Gewaltprävention der Sozialberatung Stuttgart e. V., da aus dem bestehenden Personalkontingenten der Aufbau und die Durchführung eines Präventionsangebots dieser Tragweite nicht bewältigt werden kann. Beide Fachberatungsstellen waren bereits bei dem Projekt der OB ICG „Hinschauen, Erkennen, Handeln – Wir alle können etwas tun“ aktiv beteiligt und haben im Gender-Team Workshops in Schulen durchgeführt. Es werden Fachkräfte mit der Grundqualifikation Sozialpädagogik/Sozialarbeit eingesetzt.



Ina Schumann

„Häusliche Gewalt ist und bleibt ein Problem und hat sich in der Pandemie noch verschärft. Darum ist für uns ein breites und genderoffenes Beratungs- und Hilfsangebot besonders wichtig.“

Stellenpool für (leistungsgeminderte) Menschen mit Behinderung

Viele Beschäftigte leisten trotz ihrer Behinderung eine qualitativ hochwertige Arbeit. Auf Grund ihrer Behinderung können sie aber nicht immer den quantitativen Umfang eines nichtbehinderten Menschen erreichen. Die Ämter und Eigenbetriebe stehen nun vor dem Dilemma, diese „fehlende Leistung“ durch Mehrbelastung anderer Mitarbeiter*innen auszugleichen. Zwar erfolgt durch die Reha-Träger mit Lohnkostenzuschüssen usw. ein teilweiser Ausgleich, dieser ist in aller Regel aber befristet. Hilfreich wären Stellenanteile, die direkt in die Neueinstellung von Beschäftigten oder in das Aufstocken bestehender Arbeitsverhältnisse münden würden. Hintergrund ist hierbei, dass ansonsten Kolleg*innen die Leistungsminderung kompensieren müssen und selbst in Überlastungssituationen kommen würden. Ein höherer Krankenstand kann dadurch vermieden werden.

Eine Umfrage der Gesamtschwerbehindertenvertretung hat ergeben, dass derzeit ca. 10 Personen in der Situation sind, nicht mehr die volle Leistungsfähigkeit erbringen zu können und daher insgesamt 3 Stellen (also 300% verteilt auf 10 Mitarbeiter*innen) benötigt werden. Die Vergabe dieser Stelle würde an enge Vorgaben unter Beteiligung der Gesamtschwerbehindertenvertretung und der Verwaltung gebunden.

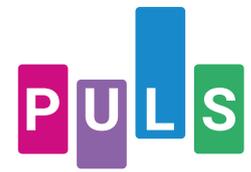
Darum bitten wir die Verwaltung, die Finanzmittel für 3 Stellen zur Entlastung von nichtbehinderten Mitarbeiter*innen darzustellen, die den quantitativen Arbeitsumfang von Menschen mit Behinderung auffangen und unterstützen.



Ina Schumann

**„Wer leistungsgeminderte
Menschen mit Behinderung
beschäftigt, wird heute lei-
der bestraft. Wir wollen das
kompensieren.“**

Soziales, Inklusion & Integration



Barrерiefreies Planen, Bauen und Gestalten

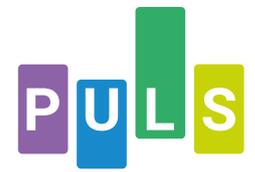
Im Jahr 2015 verabschiedete der Gemeinderat das Leitbild zur Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Die Ergebnisse des Stuttgarter Fokus-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK wurden bekräftigt und der politische Wille bekundet, schrittweise Barrieren abzubauen und für Einwohner*innen mit einer Behinderung bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Im Jahr 2018 hat Stuttgart als erste europäische Stadt überhaupt das Versprechen abgegeben, Maßnahmen zur Barrierefreiheit und Inklusion in der Stadt zu fördern. Eine inklusive Gestaltung unserer Stadt im Sinne der beschlossenen Ziele erfordert eine Ausweitung der bisherigen Anstrengungen. Hierunter verstehen wir auch die Gestaltung und Möblierung öffentlicher Räume für alle Menschen, die nicht der planerischen Norm eines erwachsenen Mannes entsprechen: Kinder, Frauen, Senior*innen, und eben auch Menschen mit unterschiedlichen Formen einer Behinderung. Alle Menschen sollen sich in gleicher Weise wertgeschätzt und berücksichtigt wissen.

Wir beantragen die Schaffung einer Stelle zur amtsinternen Beratung und Unterstützung hinsichtlich der Barrierefreiheit. Zu den Aufgaben gehört darüber hinaus die Erarbeitung und Weiterentwicklung von einheitlichen Standards, Kriterien und Leitlinien hinsichtlich der Barrierefreiheit mit den beteiligten Ämtern und der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung. Zudem sollen regelmäßig Fachtage und Qualifizierungsworkshops ausgerichtet werden.



**„Eine Stadt,
die für alle da ist,
muss Barrieren abbauen.“**

Soziales, Inklusion & Integration



Barrierefreiheit am Arbeitsplatz - Hilfsmittel

Die Ämter und Eigenbetriebe sollen motiviert werden, Menschen mit Behinderung verstärkt einzustellen. Hierzu sind je nach Bedarf Arbeitsmittel notwendig, die teilweise unter der Schwelle einer externen Bezuschussung liegen. Dies stellt für die Ämter, die viele Menschen mit Behinderung beschäftigen, eine zusätzliche finanzielle Belastung dar. Im Inklusionspaket 3.0 sind bereits Mittel für Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher enthalten. Analog dazu beantragen wir entsprechende Mittel für die übrigen Behinderungsarten.

Hauswirtschaftliche Fachkraft Cafe 72

Wir beantragen eine bis einschließlich 2024 befristete Stelle für eine Wirtschaftskraft für Tagesstätten im Café 72 des Ambulante Hilfe e.V. mit einem jährlichen Beitrag von 49.480 €

Raumanmietung für Büros der Fraueninterventionsstelle (FIS)

Die Fraueninterventionsstelle von Frauen helfen Frauen e. V. benötigt eigene Räumlichkeiten, um ihrer Arbeit verantwortungsvoll nachgehen zu können. Wir beantragen die Finanzierung der Mietkosten in Höhe von 12.700€ pro Jahr.

Förderung der Ausbildung von Kulturdolmetscher*innen

Für den Verein pro familia in Stuttgart ist die Beratung von Menschen aus anderen Kulturen mit keinen oder wenigen Sprachkenntnissen eine große Herausforderung und bedarf guter Dolmetscher*innen. Wir beantragen die Förderung der Ausweitung des Angebotes zur Ausbildung von Kulturdolmetscher*innen mit 10.000 € pro Jahr.



Mobilität

Stuttgart erstickt im Stau. Darum setzen wir uns für die Anhebung des Radetats ein. Das längst beschlossene Dienstfahrradleasing für städtische Angestellte wollen wir umsetzen. Wir setzen uns für das Konzept der „walkable city“ ein, denn um Fußgänger*innen wird sich in unserer Stadt viel zu wenig gekümmert. Ebenso wollen wir den ÖPNV stärken. Und damit es nachts für die Anwohner*innen an Hauptverkehrsstraßen leiser wird, wollen wir dort Tempo 30 zwischen 22 Uhr und 6 Uhr einführen.

Tempo 30 in den Nachtstunden

An 80 km Hauptverkehrsstraßen besteht ein Mittelungspegel nachts von über 60dB(A), wodurch die Gesundheitsgefährdung erheblich ansteigt. 15.500 Menschen sind durch diese sehr hohen Lärmimmissionen stark belastet. Insgesamt 40.000 Menschen leiden an nächtlichem Straßenverkehrslärm von mehr als 55dB(A) an 170 km des Vorrangstraßennetzes. Die Lärmkartierung 2017 zeigte, dass die Lärmbelastung gegenüber 2012 für das Stadtgebiet als Ganzes unverändert blieb. Andere Städte haben diesbezüglich bereits über ihre Lärmaktionspläne reagiert. Zuletzt kündigte der Hamburger Senat an, an 85 Hauptverkehrsstraßen ein nächtliches Tempolimit von 30 km/h anzuordnen, um 35.000 Anwohner*innen zu schützen.

Eine Verringerung von 50 km/h auf 30 km/h senkt den Mittelungspegel an den stark belasteten Straßen um 2-3 dB(A) und verstetigt zusätzlich den Verkehrsfluss, was stark lärmindernde Effekte nach sich zieht. Ergänzend sind positive Folgewirkungen hinsichtlich Verkehrssicherheit und Luftreinhaltung anzunehmen. Bezüglich der Umläufe der SSB-Busflotte (insbesondere der Nachtbusse) ist eine gesonderte Betrachtung unerlässlich. Da mittelfristig eine Gesamtkonzeption zum Nachtverkehr im ÖPNV ansteht, würde sich diesbezüglich eine auf Tempo 30 abgestimmte Betrachtung von Takt, Umläufen und Umsteigebeziehungen anbieten.

Wir beantragen die Umsetzung von Tempo 30 auf 80km besonders lärmbelasteter Hauptstraßen zwischen 22 Uhr und 6 Uhr morgens.



Christoph Ozasek

„Straßenlärm belastet die Lebensqualität und Gesundheit jener, die an den Hauptverkehrsstraßen wohnen. Tempo 30 in der Nacht verbessert die Situation für sie.“

Echte Fahrradstadt: Anhebung Rad-Etat

Der Gemeinderat hat 2019 im Begleitbeschluss zur „Echten Fahrradstadt“ eine Summe von 20 € pro Einwohner*in und Jahr für Infrastruktur und Personalkosten als Haushaltsrahmen bis 2023 festgelegt. Über diese Mittel werden aber auch darüber hinausgehende Projekte wie RegioRad, das eLastenradprogramm oder die Fremdvergaben für den Winterdienst auf Radwegen finanziert. Damit wir das tatsächlich das Ziel des Infrastrukturausbaus erreichen, wollen wir den Satz im Jahr 2022 auf 25€ anheben und ab 2023 auf 30€, um den Ausbau der Radinfrastruktur in hoher Qualität umzusetzen. Auch die Umsetzung von Radschnellwegen wollen wir vorantreiben. Es ist unsere Absicht, den Radetat langfristig auf 40€ per Einwohner*in und Jahr anzuheben.



Deborah Königeter

„Um wie beschlossen zur ‚Echten Fahrradstadt‘ zu werden, muss die Stadt mehr Geld in den Radverkehrsausbau stecken.“

Dienstoffahrradleasing in Gang setzen

Obwohl vom Gemeinderat beschlossen und durch den Haushalt finanziert, wird bis heute kein Dienstoffahrradleasing für die städtischen Beschäftigten angeboten. Wir fordern, dass die Verwaltung das Projekt bis spätestens zum 2. Quartal 2022 umsetzt und wollen jedes Jahr ein Betrag von 125.000 € dafür bereitstellen.

„Die Idee des Dienstoffahrradleasings ist gut. Wenn man sie umsetzt.“

Walkable City

Attraktive und sichere Fußwegeverbindungen, Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche sind essentiell für das Leben in einer Stadt. Die urbane Qualität einer Stadt und die Zufriedenheit ihrer Bewohner*innen lässt sich treffsicher an der Zahl alter Menschen und Kindern im öffentlichen Raum ablesen, so der Stadtplaner Prof. Jan Gehl. Denn öffentlicher Raum ist mehr als Bewegungsfläche. Er fasst das öffentliche Leben, ist Ort für Kommunikation und Begegnung. Viele stark frequentierte Bereiche sind jedoch in einem schlechten Zustand: Zerstörte Bodenbeläge, rechtswidrig parkende Fahrzeuge, Vermüllung, Mängel bei Stadtgrün und Verweilmöglichkeiten, bauliche Barrieren und technische Installationen stören diese wichtige Funktion. Öffentliche Räume sollten aber einem hohen gestalterischen Anspruch unterliegen und einen einladenden, menschenfreundlichen Charakter besitzen.

Zudem ist das Zufußgehen die urbanste, nachhaltigste und gesündeste Form der Fortbewegung, mit erheblich positiven Effekten bezüglich der Lärmreduzierung und Luftreinhaltung. Das Zufußgehen ist auch eine Maßnahme, um Funktionsverlusten vorzubeugen, denn es belebt Erdgeschosslagen und stärkt nachhaltig den Handel.

Viel zu lange schon wird das zu Fuß Gehen politisch vernachlässigt. Mit dem Fußverkehrskonzept - und der anstehenden Fortschreibung desselben - liegt ein Grundlagenwerk vor, das nach jahrelangem Stillstand endlich mit entsprechenden Haushaltsmitteln und den notwendigen zweckgebundenen Stellen unterlegt werden muss, um seine positiven Effekte zu entfalten. Auch der Aktionsplan nachhaltig mobil in Stuttgart formuliert als Maßnahme, die Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereiche in allen Stadtbezirken schrittweise auszudehnen – jedoch wurde hierfür kein spezifischer Haushaltstitel im Entwurf hinterlegt und es sind kaum Anstrengungen zur Zielerreichung in Bestandsquartieren erkennbar. Auch gilt es künftig Projektmittel für so genannte „Superblocks“ zur Verfügung zu stellen oder Bausteine im Sinne von „tactical urbanism“ unterjährig finanzieren zu können. Für eine Umgestaltung im Sinne des Zufußgehens bieten sich insbesondere die im Zentrenkonzept definierten Versorgungsbereiche an.

Darüber hinaus ist zur Finanzierung des „Stuttgarter Rechtecks“ und dem Bremer Modell der Gehwegnasen zur Schaffung von Carsharing-Abstellflächen eine Aufstockung des Fußverkehrsetats notwendig. Diese Bausteine zur Verbesserung der Netzqualität des Zufußgehens können aus dem neuen Etat finanziert werden



Christoph Ozasek

„Viel zu lange schon wird das Zufußgehen politisch vernachlässigt.“

Kostenloses SeniorenAbo – Fortführung

Das vor zwei Jahren in Stuttgart eingeführte Projekt „Führerschein gegen SeniorenAbo“ endet planmäßig im September 2022. Zwischen September 2020 und Mai 2021 wurden in Summe 1.300 Anträge gestellt. Angesichts dieser Zahlen kann es als voller Erfolg verbucht werden und sollte in die Fortsetzung gehen.

Gesamtstädtische Koordination Fördermittelmanagement Mobilität

Die Förderprogramme für E-Lastenräder und E-Trikes sind ein wichtiger Baustein zur Teilhabe an emissionsarmer, nachhaltiger Mobilität in Stuttgart. Darum wollen wir, dass diese fortgesetzt werden.

SSB: Eigenkapital stärken

Die SSB steht vor großen und wichtigen Investitionen. Dies lässt sich nur durch Fremdfinanzierung stemmen. Dem muss eine Erhöhung des Eigenkapitals entgegenstehen, um bessere Zinskonditionen verhandeln zu können. Dazu wollen wir die jährliche Straßenbenutzungsgebühr der SSB an die Stadt Stuttgart auf einen symbolischen Betrag von 1 € reduzieren.

Gesamtstädtische Koordination Fördermittelmanagement Mobilität

Für die Planstelle „Gesamtstädtische Koordination von Förderprogrammen“ konnten bislang 40 Millionen Euro Fördermittel eingeworben werden. Zum 31. Dezember 2022 läuft die vierjährige Förderung durch das Land aus, doch die Stelle wird weiterhin dringend benötigt. Wir beantragen, dass die Stelle ab nächsten Jahr entfristet wird.

Lückenschluss durch Ergänzungsverkehre

Die topografische Lage Stuttgarts bedingt, dass viele Gebiete nur unzureichend mittels ÖPNV erschlossen sind. Wir wollen, dass die Stadt Erfahrungswerte in einer zweijährigen Pilotphase sammelt, in der Systeme erprobt werden, die Lücken im Netz durch Ergänzungsverkehre zu stopfen.



Stadtplanung

Gegen die Leerstandsproblematik wollen wir mit einem kuratierten Erdgeschosszonen-Management vorgehen. Eine Machbarkeitsstudie soll kreative Lösungen prüfen, der Flächenknappheit entgegenzuwirken.

Wir unterstützen weiterhin das IBA Projekt "Zukunft Leonhardsvorstadt" und das Freizeitkonzept "Stuttgarter Wald", welche dank reger Beteiligung von Bürger*innen und Interessensgruppen zu einer positiven Stadtentwicklung beitragen. Eine Potenzialanalyse soll prüfen, welche Chancen das städtebauliche Konzept der Superblocks für die Stadt birgt.

Weiternutzung der Rosensteinbrücke ermöglichen



Deborah Königeter

„Rad- und Fußwegeverbindung über den Neckar und ein ganz besonderer öffentlicher Raum über dem Neckar - die Rosensteinbrücke kann beides. Für eine Umnutzung machen wir uns stark.“

Die Rosensteinbrücke wird ihre Nutzung als Eisenbahnbrücke verlieren. Gleichzeitig ist der Bedarf an einer Querung des Neckars durch den Radverkehr gestiegen. Eine gute mögliche Rad- und Fußverkehrsanbindung über den vorhandenen Tunnel der Bahn, Rosensteinpark und Schlossgarten in die City und das zukünftige Rosensteinviertel, sowie eine mögliche einzigartige Freizeitnutzung auf der Brücke machen den Erhalt attraktiv.

Dem entgegen steht eine geplante Verlängerung der Cannstatter Schleuse, die voraussichtlich das Entfernen eines Brückenbogens notwendig machen wird.

Wir fragen die Verwaltung folgendes:

1. Kommt die Verlängerung der Schleuse auf jeden Fall?
2. Gibt es bereits eine Untersuchung und Beurteilung der Brücke hinsichtlich ihrer Statik und möglicher Alternativen im Falle der Entfernung des Brückenbogens über der Schleuse?
3. Wenn nein: Werden für eine solche Untersuchung Haushaltsmittel benötigt und wenn ja, in welcher Höhe?

Neuer Stadtraum B14: Vom Plan zur baulichen Neuordnung



Christoph Ozasek

„Der „Neue Stadtraum B14“ ist eine wegweisende Vision der Stadtreparatur.“

Der „Neue Stadtraum B14“ ist eine wegweisende Vision der Stadtreparatur. Um der schrittweisen und anlassbezogenen Umsetzung des Transformationsprozesses den Weg zu ebnen sind Haushaltsmittel erforderlich. Wir regen zudem an, für den Umsetzungsprozess ein geeignetes Format für den Austausch zwischen Gemeinderat, dem zuständigen Planungsbüro asp Architekten, der Fachverwaltung und beteiligten Dritten zu etablieren.

Dazu wollen wir im Teilhaushalt des Tiefbauamts ein Budget in Höhe von 1 Millionen Euro verankern.

Superblock-Potentialanalyse

Mit dem Modell „Barcelona Superblock“ verbannt die gleichnamige Stadt systematisch Autos aus dem historisch gerasterten Stadtgrundriss: 503 dieser Superblocks sollen insgesamt entstehen. Ein tiefgreifender Transformationsprozess für die städtebaulich historisch stark verdichteten Quartiere, der urbane Wohnzimmer für die Stadtgesellschaft herstellt, mit vielfältig positiven Effekten auf die Wohnumfeldqualität und zur Wiederherstellung von Funktionen in den Quartieren. In den evaluierten Superblöcken ist eine starke Belegung des öffentlichen Raums festzustellen. Der Autoverkehr konnte um 75 % verringert und ein Wandel der Mobilitätskultur ausgelöst werden. Gleichsam wirken die autofreien Quartiere revitalisierend auf die Wirtschaft: Ladengeschäfte werden neu belebt und der Handel profitiert. Viele Städte adaptieren oder kopieren das Erfolgsmodell, so auch die Stadt Wien, die systematisch ihren Stadtgrundriss nach sogenannten „Potentialquartieren“ durchleuchten ließ. Mit dem Modellversuch „Superblock Augustenstraße“ reifen erste Erkenntnisse zur Umsetzung im deutschen Verkehrsrecht.

Wir beantragen, dass die Verwaltung eine externe Untersuchung von Potentialquartieren in den inneren Stadtbezirken und dem Bezirk Bad Cannstatt zur dauerhaften Umsetzung so genannter „Superblocks“ beauftragt.



„Superblocks bieten eine große Chance, Quartiere zu beleben und den lokalen Handel zu fördern.“

Blockade zur Fortschreibung des STEK beenden

Im letzten Doppelhaushalt wurden Mittel für die Weiterentwicklung des bestehenden Stadtentwicklungskonzepts bereitgestellt, der Prozess scheint jedoch ins Stocken geraten zu sein. Wir beantragen, dass der Prozess ohne weiteres Verzögern fortgesetzt wird.

Versenkpoller für die Lebenswerte Stadt für alle und die Altstadt Bad Cannstatt

Wir beantragen, dass die erforderlichen Investitions- und Betriebsmittel sowie die dafür notwendigen Stellenanteile für die Errichtung hydraulisch versenkbarer Poller zur Eindämmung des Schleichverkehrs in der Altstadt Bad Cannstatt finanziert werden.



Wirtschaft

Eine gesunde Wirtschaft ist wichtig für Stuttgart. Wir setzen uns für zukunftsorientiertes, nachhaltiges Wirtschaften in Stuttgart ein, in dem wir den Weg zur „circular economy“ einschlagen wollen. Mit „Smart Store“-Konzepten wollen wir die Nahversorgung stützen.

Stuttgart auf dem Weg zur „circular economy“

Der Übergang von einer linearen zu einer zirkulären Ökonomie überträgt nicht nur den Nachhaltigkeitsgedanken in die Stoffkreisläufe unserer Gesellschaft, die Kreislaufökonomie besitzt ein immenses transformatorisches Potential für Wertschöpfung in Stuttgart und der Region. In der „circular economy“ erfahren Produkte und Prozesse ein Re-Design, sodass Rohstoffe in nachhaltigen Stoffkreisläufen zirkulieren können, ohne ein Downcycling zu erfahren oder deponiert werden müssen. Angefangen von der Bauwirtschaft – die für 60 % des globalen Abfalls verantwortlich ist, über den Maschinenbau, die Bioökonomie, bis hin zum Produktdesign von Konsumgütern reichen die Anwendungsfelder.

Der Übergang von einer Wegwerf-Ökonomie zu einer nachhaltigeren Wirtschafts-, Produktions- und Konsumweise ist der bedeutendste Schritt zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. So können Material- und Energiekreisläufe geschlossen oder der Zugriff auf Primärrohstoffe maßgeblich reduziert werden. Bereits mit einfachen Maßnahmen können Komponenten wiederverwendet, Abfall vermieden, Materialien recycelt werden und der Wert von Rohstoffen während ihres gesamten Produktlebenszyklus weitestgehend erhalten bleiben.

Mit der Beauftragung einer kommunalen Ressourcenstrategie hat der Gemeinderat den ersten Schritt vollzogen, um im eigenen Wirkungsfeld umzusteuern. Nun gilt es das Thema stärker in der hiesigen Wirtschaft zu implementieren, den Wissenstransfer zu forcieren und Netzwerke zu knüpfen bzw. zu verstetigen. Ein guter Anknüpfungspunkt hierfür ist die IBA 2027, die sich intensiv dem zirkulären Bauen widmet.

Die Abteilung Wirtschaftsförderung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Stabstelle Klimaschutz eine Clusterinitiative zur „circular economy“ ins Leben zu rufen, um den Wissenstransfer und die Vernetzung zwischen den Akteur*innen zu stärken und ein Leitbild „Kreislaufwirtschaft“ für die Stadt Stuttgart zu entwerfen. Hierfür beantragen wir eine Planstelle ab 2022. Des Weiteren soll die Stadt Stuttgart die Vorteile einer Mitgliedschaft in der Initiative ICLEI (Local Governments for Sustainability) ausloten. Diese kann mit ihrem globalen Netzwerk und Know-How der Stadt Stuttgart, impulsgebend, beratend und gestaltend zur Seite stehen.



Christoph Ozasek

„Wenn wir in Stuttgart den Übergang zur Kreislaufökonomie schaffen, sind wir gut für die Zukunft aufgestellt“

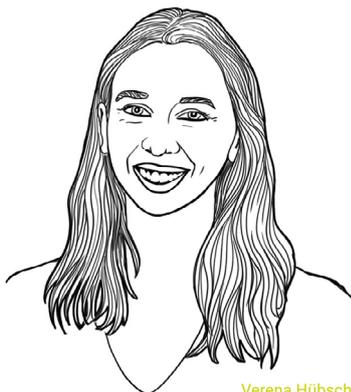
Förderprogramm Regiomaten: Chancen durch „Smart Store“-Konzepte nutzen

133.000 Menschen in Stuttgart gelten bereits heute als nahversorgungsgefährdet. Prozesse der Konzentration von Infrastruktur gehen mit einer drohenden Verödung der städtischen Peripherie einher. Darüber hinaus steht man unter anderem aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung vor Herausforderungen in Bezug auf Mobilitätseinschränkungen. Um sich dieser Thematik von städtischer Seite her zu nähern gibt es verschiedene Konzepte, wie zum Beispiel den Regiomaat. Mithilfe dessen können Lebensmittel zu jeder Zeit bereitgestellt und auf Knopfdruck gekauft werden.

Ein Regiomaat in verschiedenen Stadtteilen bietet eine Handvoll Vorteile, welche die Initiierung eines Förderprogramms hierfür seitens der Stadt Stuttgart rechtfertigen und unterstreichen. Im Folgenden sind einige Chancen genannt:

- * Sicherstellung der Nahversorgung und alltäglicher Zugang, gerade wenn Einkaufsmöglichkeiten weit entfernt liegen
- * Erhöhung der Lebensqualität im Viertel und potentieller Einbezug des Tourismus durch einen 24/7-Verkauf
- * Stärkung von regionalen Landwirt*innen mit dem Regiomaat als Alternative zu individuellen Hofläden und als Möglichkeit der eigenen Produktvermarktung abseits des großen Lebensmittelhandels – Schaffung von zusätzlichen Einkommensquellen für landwirtschaftliche Betriebe
- * Bereitstellung von regionalen und bio-zertifizierten Produkten zur Stärkung von und Sensibilisierung für Lebensmittel aus der Region.

Wir beantragen, dass die Stadt ein eigenes Förderprogramm im Rahmen von einmalig 150.000 € auflegt, um die regionale Direktvermarktung insbesondere in nahversorgungsgefährdeten Gebieten der Stadt zu fördern.



Verena Hübsch

„Die Verödung des Einzelhandels in der städtischen Peripherie ist besonders problematisch für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen.“

Umsetzung Kommunale Ressourcenstrategie

Um die vom Gemeinderat in Auftrag gegebene Kommunale Ressourcenstrategie flächig umzusetzen, wird eine zusätzliche Personalstelle benötigt.

Anbieterneutraler Logistik-Hub für die Innenstadt

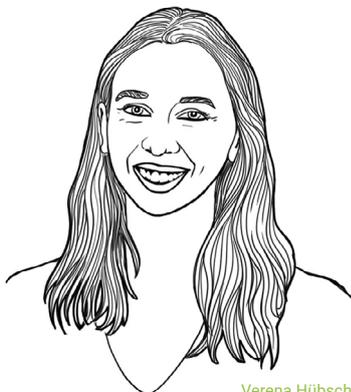
Wir beantragen, dass die Verwaltung die Umsetzungsplanung für einen dauerhaften anbieterneutralen Logistik-Hub im Gebiet des künftigen City-Rings initiiert.

Personalwohnungen für Mitarbeiter*innen und Auszubildende

Ein städtisches Wohnungsangebot kann ein entscheidender Anreiz sein, sich für eine Stelle bei der Stadt Stuttgart zu entscheiden. Der sukzessive Ausbau des Angebots an Personalwohnungen ist zur Unterstützung der dringend notwendigen Personalgewinnung und -erhaltung notwendig. Wir nehmen sehr positiv zu Kenntnis, dass 300 Wohnungen der städtischen Tochter SWSG zur Vergabe an städtischen Mitarbeiter*innen vorgesehen sind. Nun möchten wir dieses Vorhaben rasch umzusetzen.

Damit konkrete Schritte möglich sind, braucht die Verwaltung zum einen Sachmittel für Dienstleistungen durch die SWSG, Subventionen, Ausstattung, steuerliche Kosten etc. – eine genaue Kostenkalkulation ist hierbei nur mit der SWSG gemeinsam zu erstellen.

Des Weiteren werden personelle Ressourcen notwendig sein, um alle damit verbundenen konzeptionellen Arbeiten, Verwaltungs- und Kooperationsaufgaben etc. bewältigen zu können. Wir bitten die Verwaltung zu beziffern, in welcher Höhe hierfür Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen.



Verena Hübsch

„Ein städtisches Wohnungsangebot ist ein guter Anreiz, für die Stadt Stuttgart zu arbeiten.“

Machbarkeitsstudie – Neuer Wohnraum in Büro- und Gewerbeleerständen sowie Koordinationsstelle bei Adapter e.V.

Angesichts der Flächenknappheit und dem Mangel an Wohnraum in Stuttgart gilt es jetzt anfallende Laden- und Büroleerstände in den Quartierszentren übergangsweise für Pioniernutzungen bereitzustellen und zu ermitteln, inwieweit diese Flächen für innovative Wohnformen geeignet sind.

Die Kompetenz des gemeinnützigen Vereins Adapter soll der Stadt Stuttgart dafür zugutekommen.

Der Verein bringt vier Jahre Erfahrung in der Umsetzung von Pioniernutzungen mit und kann zwei wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema an dem Städtebauinstitut der Universität Stuttgart nachweisen. Er ist Teil des IBA-Netzwerks und wird durch die Städtebauförderung des Bundes unterstützt.

Projekte wie das „Wohnbüro Offenbach“, das „Haus der Statistik“ in Berlin, oder Popup-Hotels in Wien zeigen, dass die zeitweise Transformation von Gewerbe zu Wohnen erfolgreich gelingen kann. So werden...

- * Quartierszentren revitalisiert,
- * das Nachbarschaftsgefühl gestärkt,
- * neue Ideen fürs Wohnen generiert,
- * Leerstand genutzt, Bestand erhalten,
- * und eine resiliente Stadtentwicklung angestoßen.

Es müssen Wege gefunden werden, wie die Stadt Stuttgart diesen Pionierprojekten folgen kann.

Für die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zu „Pionierwohnen in Gewerbeleerständen“ (60.000 €) und für eine Koordinationsstelle zur Aktivierung von Gewerbebrachen (38.000 €) bei dem Verein Adapter (und in Kooperation mit dem Zwischennutzungsmanagement) werden insgesamt 98.000 € beantragt.



„Um den Wohnraummangel zu bekämpfen braucht es innovative Wohnformen“

Schaffung von zwei Planstellen für qualifiziertes Baurecht

In vielen Quartieren Stuttgarts gilt noch immer Baurecht aus dem 19. Jahrhundert. Andere Städte haben nach 1945 diese außer Kraft gesetzt - nicht so die Landeshauptstadt Stuttgart. Die bis zur Einführung des Bundesbaugesetzes 1960 erstellten Pläne wurden mit § 173 BBauG (1960) großenteils in neues Recht „übergeleitet“. Vielfach wird so in nicht qualifizierten Bebauungsplänen oder auf Basis von §34 BauGB neuer Gebäudebestand errichtet, und es besteht erhebliche Rechtsunsicherheit für alle Beteiligten. Es ist offensichtlich, dass ein Planungsbedarf nach § 1 Abs. 3 BauGB besteht und die Maßgaben des § 1 Abs. 5 BauGB zu erfüllen sind: „Die Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.“



Deborah Königeter

Für die aktive und strategische Überplanung alter Baustaffeln der Ortsbausatzung bzw. von Gebieten mit Baurecht aus dem 19. Jahrhundert, sowie der gezielten Umsetzung einer intelligenten Innenverdichtungsstrategie, sollen im Amt für Stadtplanung und Wohnen ab 2020 dauerhaft 2,0 Planstellen EG 12 als Stadtplaner*in geschaffen werden.

„Mit Nachverdichtung im Innenbereich können wir dem Wohnungsmangel entgegenwirken. Das hilft uns, auf die Versiegelung großer Flächen zu verzichten, die wir benötigen, um die Auswirkungen des Klimawandels abzufedern, Biodiversität zu erhalten und Lebensmittel zu produzieren. Deshalb braucht es genau hierfür qualifizierte Mitarbeiter*innen in der Verwaltung.“

Sammelanträge

Die in den Sammelaufträgen aufgeführten Punkte aus der „Roten Liste“ sind aus unserer Sicht besonders wichtig und sollten im Doppelhaushalt 2022/2023 berücksichtigt werden.

Geschäftskreis des Oberbürgermeisters

Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht

**Kulturamt:
Sammelantrag nach GRDRs 623/2021**

**Kulturamt:
Sammelantrag nach GRDRs 769/2021**

**Referat Wirtschaft,
Finanzen und Beteiligungen**

Referat Sicherheit, Ordnung und Sport

Referat Jugend und Bildung

Jugendamt Sammelantrag „freier Träger“

**Referat Soziales
und gesellschaftliche Integration**

Referat Städtebau, Wohnen und Umwelt

Technisches Referat

Deckungsvorschläge

Der Doppelhaushalt 2022/2023 sollte unter den aktuellen Voraussetzungen zwar einen gut balancierten Investitionsimpuls setzen, allerdings müssen Kosten und Nutzen aller Projekte genau im Blick behalten werden. Daher möchten wir die hier genannten Punkte aus verschiedenen Gründen in diesen Fokus rücken und beantragen eine Streichung oder Kürzung der Projekte.

Wir beantragen die Streichung folgender Punkte aus der „Grünen Liste“:

Amt für Stadtplanung und Wohnen:

1. Stuttgarter Eigentumsprogramm (SEP) – Programmjahr 2022 mit 800.000€ in 2022, 1.000.000 € in 2023 und 200.000€ in 2024
2. Stuttgarter Eigentumsprogramm (SEP) – Programmjahr 2023 mit 800.000€ in 2023, 1.000.000 € in 2024 und 200.000€ in 2025

Tiefbauamt:

3. Nord-Süd-Straße, Vaihingen, Ausbau auf 3 bis 4 Spuren: Planungsmittel für Ausbau zwischen A 8 und Gewerbegebiet Synergiepark mit 318.000 € in 2022 und 742.000 € in 2023

Abteilung Wirtschaftsförderung:

4. Strategie Smart City: Planungs-/Konzeptmittel mit 187.000€ jeweils in 2022 und 2023

Amt für Sport und Bewegung:

5. Plieningen/Birkach Planung und Bau einer 2-teilbaren Sporthalle/Mehrzweckhalle und Multifunktionsraum (bisher bereitgestellt: 90.000€, neue Gesamtkosten: 16.990.000€)

Des Weiteren beantragen wir die Kürzung folgender Punkte in der „Grünen Liste“:

Haupt- und Personalamt:

6. Digital MoveS - Stuttgart.Gestaltet.Zukunft: Umsetzung und weitere Planungen nach GRDRs 81/2021

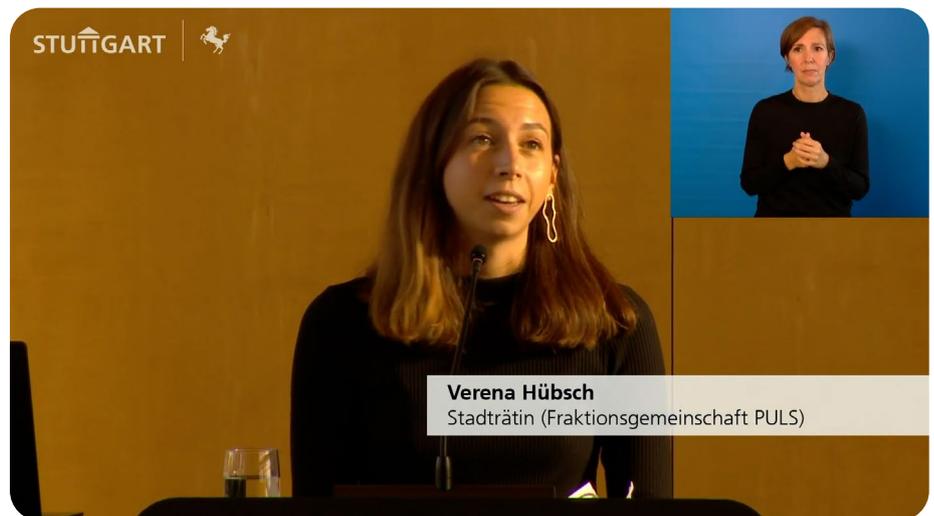
Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag zu erarbeiten um die Gesamtkosten von 184.476.000 € signifikant zu reduzieren und eine entsprechende Berichterstattung hierfür vorzulegen.

Amt für öffentliche Ordnung:

7. Maßnahmenpaket Sicheres und Sauberes Stuttgart 33,5 Stellen (Gesamtkosten: 15.530.000 € bis einschl. 2026)

Kürzung der Stellen des städtischen Vollzugsdienstes (EG 9a) auf 10 Stellen und einem Vermerk zur Zweckbindung wie in GRDRs 517/2021 angeregt: Z.B. Kontrollen in (Nah-)Erholungsgebieten, „Durchfahrtskontrollen“, Streifen in Fußgängerzonen und Fahrradstraßen sowie die Kontrollen von Spiel- und Bolzplätzen.

**Redebeitrag der Fraktionsgemeinschaft PULS
zur allgemeinen Aussprache zum Doppelhaushalt 2022/2023
im Gemeinderat Stuttgart am 21. Oktober 2021
von Stadträtin Verena Hübsch, Junge Liste Stuttgart**



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer,

ich bin Verena Hübsch und freue mich, heute für unsere Fraktionsgemeinschaft PULS sprechen zu dürfen.

Mittlerweile sind wir ja auch schon zwei Jahre als Fraktionsgemeinschaft, bestehend aus der Partei Die PARTEI, den Stadtlisten und der Jungen Liste Stuttgart, mit im Gemeinderat vertreten - und nun seit diesem Sommer noch um ein Fraktionsmitglied, nämlich Christoph Ozasek, an Erfahrung und Personenstärke reicher geworden. Innerhalb unserer jungen Fraktion bin ich nochmals neuer und freue mich umso mehr, heute unseren Beitrag zur Haushaltsdebatte zu halten.

Wie bereits vor zwei Jahren, möchten wir auch in diesem Jahr, eine konstruktiv-pragmatische Rolle einnehmen, eigene Ideen einbringen und gleichzeitig offen für gute Vorschläge der anderen Fraktionen sein.

Mir ist wichtig zu betonen, dass alle unsere Ideen und Anträge sich in einem machbaren finanziellen Rahmen befinden. So handelt es sich des Öfteren auch nicht um riesige Summen, sondern eben auch um viele kleinere Projektideen, welche eine Bereicherung für die Stuttgarter Stadtgesellschaft darstellen.

Uns ist natürlich bewusst, dass die Entscheidungen hier in den Händen des Haushaltsbündnisses liegen. Aus diesem Grund hoffe ich sehr, dass trotzdem einige unserer Vorstellungen bei Ihnen Anklang finden und sich durch Ihre Unterstützung umsetzen lassen.



In guten Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen konnten wir uns einen Überblick über die angedachten Projekte verschaffen und sind in vielen Themen ganz guter Dinge. Denn am Ende geht es um die Sache und die Stadt, und nicht um Zankereien zwischen den Fraktionen.

Werfen wir kurz einen Blick zurück: Nach den ersten eifrigen Umsetzungen des frisch beschlossenen Doppelhaushalts Ende 2019 hat uns schon bald der Ausbruch der Corona-Krise ergriffen. Für alle waren die letzten beiden Jahre eine Herausforderung – auch aus finanzieller Sicht. Dennoch begrüßten wir die Entscheidung sehr, dass der letzte Haushalt trotzdem vollumfänglich bewilligt wurde.

In den diesjährigen Beratungen kommen noch einmal ganz andere Herausforderungen auf uns zu. Dazu müssen wir mit vielen Vorbelastungen aus

bereits beschlossenen Maßnahmen beschäftigen – von denen sich auch einige auf der Grünen Liste befinden.

Nichtsdestotrotz ist es uns wichtig zu betonen, dass viele Vorschläge aus der Grünen Liste sehr unterstützenswert sind. Zum Beispiel

- * die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kita-Betreuung,
- * Maßnahmen des Haushaltspakets Inklusion 3.0 und die
- * Fortsetzung des 365-Euro Tickets für Schülerinnen und Schüler, sowie Azubis.

Auch die generellen Maßnahmen zur Personalgewinnung und insbesondere Personalerhaltung erachten wir als besonders essentiell, da sich immer wieder zeigt, dass eine Stadtverwaltung nur so gut ist wie ihre Mitarbeitenden.

Das finden wir alles super - Dennoch weist der momentane Haushaltsentwurf unseres Erachtens nach viele Lücken auf die wir mit unseren Anträgen schließen wollen.

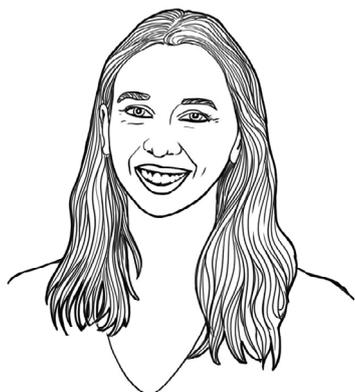
Im Folgenden möchte ich nun kurz auf die Themen und die Projekte eingehen, die uns besonders am Herzen liegen. Viele davon konnten wir kontinuierlich seit zwei Jahren verfolgen, andere sind uns über die Zeit hinweg wichtig geworden.

Werfen wir nun einen gemeinsam einen Blick darauf:

Ein total wichtiger Bereich ist der Klimaschutz. Es ist ein Fakt, dass Stuttgart die ersten Folgen des Klimawandels zu spüren bekommen hat. Wir alle haben noch die Bilder im Kopf als der extreme Starkregen die Stuttgarter Innenstadt überflutet und der Oper das Dach vom Kopf gepustet hat.

Das Thema Klimawandelfolgenanpassung wird uns also in den nächsten Jahren immer stärker beschäftigen. Die Erstellung eines Hitze-Aktionsplans zum Schutz vor Hitzewellen im Rahmen des Aktionsplans Klimaschutz halten wir daher für sehr dringlich.

Wir wollen aber nicht nur bei theoretischen Plänen bleiben, sondern schnellstmöglich ins Handeln kommen. Mit unseren Anträgen, wie beispielsweise zu nachhaltigen Beschaffung in der Verwaltung oder den Willkommensbäumen für Neugeborene können wir direkt in die praktische Umsetzung gehen.



Ein weiterer großer Baustein für das Thema Klima, den ich hier noch nennen möchte, ist der Aspekt der Ernährung und für uns auch der ehrenamtliche Verein

foodsharing e.V. Mit unserem eingebrachten Antrag möchten wir, dass die Stadt eine inhaltliche Gesamtkonzeption für eine nachhaltige Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung und für mehr Lebensmittelwertschätzung in Stuttgart erstellt.

Die Anhebung des Rad-Etats kann wir nicht nur zu einer klimafreundlichen Stadt beitragen, sondern endlich eine ausgeglichene Flächenverteilung für alle Verkehrsteilnehmenden schaffen. Die Stärkung des Fußverkehrskonzepts gehört hier entsprechend genauso genannt.

Mit kreativen Lösungen möchten wir bestehende Probleme im Bereich der Stadtplanung und Stadtentwicklung angehen - zum Beispiel im Umgang mit Leerstand.

Dafür beantragen wir ein kuratiertes Erdgeschosszonenmanagement.

Durch den strategischen und gezielten Erwerb von Schlüsselflächen - gerade im Erdgeschossbereich – und durch eine nicht-rendite-orientierte Vermietung nach Konzeptqualität möchten wir eine attraktive Nutzung dieser Flächen ermöglichen.

Außerdem beantragen wir das Durchführen einer Machbarkeitsstudie, um dem Mangel an Wohnraum und der Flächenknappheit kreativ entgegenzuwirken und Laden- und Büroleerstände übergangsweise für Pioniernutzungen und innovative Wohnformen bereitzustellen.

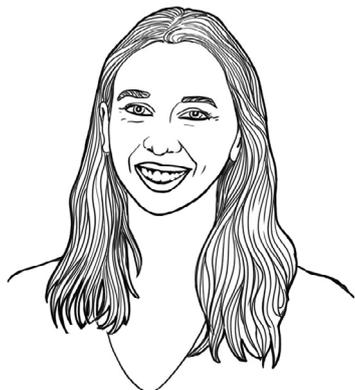
Beide Aspekte können Quartierszentren revitalisieren, das Nachbarschaftsgefühl stärken und ein Problemlöser für das Thema Leerstand sein.

Als ein sehr gelungenes Projekt in Sachen Beteiligung möchten wir das IBA Projekt "Zukunft Leonhardsvorstadt" hervorheben. Der gute Prozess unter großem ehrenamtlichem Engagement hat uns Erkenntnisse über verschiedene Formate der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung und die experimentelle und partizipatorische Stadtentwicklung geliefert.

Mit der Entwicklung des Freizeitkonzepts "Stuttgarter Wald" wird derzeit, ebenfalls unter Beteiligung vieler verschiedener Interessensgruppen, ein gemeinsam getragenes Konzept erstellt, dessen Umsetzung wir unbedingt unterstützen.

Im sozialen Bereich setzen wir uns für viele Anträge, die von der Fachverwaltung vorgeschlagen wurden ein. Beispielhaft möchten wir hier die

- * Weiterentwicklung der Begegnungsstätten für Ältere Menschen,
- * die Anträge zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften,
- * den Ausbau und die Verbesserung der Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer von häuslicher- bzw. sexueller Gewalt sowie
- * die verschiedenen Projekte der Suchthilfe nennen.



Und natürlich unterstützen wir auch die Haushaltsempfehlungen des Jugendamts beim Thema Personalgewinnung und –erhaltung – besonders im so wichtigen Kita-Bereich. Vielen Dank hierfür.

Wir schmücken uns mit dem Siegel der Kinderfreundlichen Kommune. Doch Insbesondere in der dichten Innenstadt sind die Räume zum Spielen und Kind sein rar.

Die Maßnahmen des Aktionsplans Kinderfreundliche Kommune setzen genau hier an - beispielsweise der Ausbau von verkehrsberuhigten Bereichen als öffentliche Plätze zum Spielen. Zusätzlich haben wir einen Antrag gestellt, um weitere Spielflächen im sogenannten City Bereich zu realisieren und unterstützen den Masterplan für urbane Bewegungsräume vollumfänglich.

Auch über die freien Träger*innen und Organisationen haben uns tolle Ideen erreicht, welche wir gerne unterstützen möchten.

Das interdisziplinäre Sport-jugend-sozialarbeits Projekt "Nachtschwärmer" des Sportkreis Stuttgarts, ist hier als nur eines von vielen zu nennen.

Gerade im Hinblick auf die Vorfälle im letzten Jahr müssen nun zusätzliche Angebote geschaffen werden, die einerseits dem Bedürfnis nach Action, Spannung und dem Ausleben der eigenen Körperlichkeit gerecht werden, gleichzeitig aber auch der Vermittlung von Werten wie Respekt, Toleranz und Akzeptanz dienen.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Demokratieförderung ist die tolle und kreative Arbeit des Team Tomorrow e.V., dessen weiteren Fortbestand wir uns über viele viele Jahre wünschen.

Außerdem können wir von ihnen noch eine ganze Menge in Sachen Digitalisierung und Social-Media-Arbeit im politischen Kontext lernen.

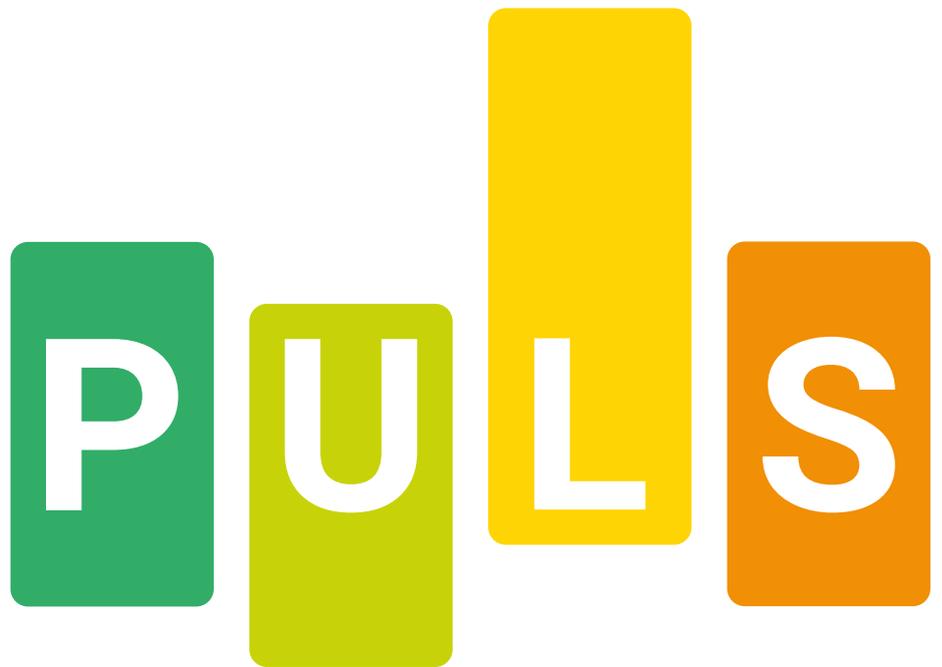
Denken wir an die Kulturhauptstadt der Republik, denken wir dabei in erster Linie an die vielen Kunst- und Kulturschaffenden abseits von Oper, Ballett und Schauspiel. Letztere sind gut und wichtig, Erstere liegen uns besonders am Herzen.

Kultur gehört niemals gegeneinander ausgespielt, deshalb haben wir uns sehr über die weitgefächerten Haushaltsempfehlungen des Kulturamtes gefreut und sagen Danke.

Da uns die Maker City für die Zukunft der Kunst- und Kulturproduktion der Stadt besonders am Herzen liegt, beantragen wir die Interimslösungen für den Bauzug 3YG - besser bekannt als die Waggonen - aus den Rücklagen „Kulturelle Infrastruktur“ zu finanzieren. Denn unser Ziel ist es, dass sämtliche Institutionen rund um die Wagenhalle ihren Platz in der Maker City finden und/oder behalten. Zudem wünschen wir uns die Etablierung eines Begleitgremiums im Zuge der Zukunft der Maker City bestehend aus allen beteiligten Akteur*innen.

Wie Sie sehen, decken unsere Ideen und Anträge eine große Bandbreite ab, die sinnbildlich für die Themen stehen, die uns beschäftigen und wofür wir uns einsetzen - für eine vielfältige und bunte Stadtgesellschaft und eine Stadt für alle.

In diesem Sinne: Auf gute Nachbarschaft und vielen Dank fürs Zuhören.



Kontakt:

Fraktionsgemeinschaft PULS

Marktplatz 1

70173 Stuttgart

0711 21625994

puls@stuttgart.de

puls-stuttgart.org